

enthalten. Mit diesem Abstimmungsverhalten wurde die beantragte Genehmigung erteilt.

Soweit die Klarstellung für die gestrigen Abstimmungen und das gestrige Protokoll.

### **Nichtförmliche Rügen**

Es geht wieder einmal um nichtförmliche Rügen, also ein sehr niedergezoomtes Instrument, gleichwohl muss man es hier benennen.

Der Abgeordnete Körfges hat in der 70. Sitzung, also am gestrigen Tag ...

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN – Reiner Priggen [GRÜNE]: Er schämt sich! – Heiterkeit)

– Es geht um den Abgeordneten Körfges, der nicht da ist. Diese Interpretation, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann die Präsidentin natürlich von hier oben nicht teilen.

Also: Der Abgeordnete Körfges hat in der 70. Plenarsitzung am 5. November 2014 im Rahmen der Aussprache zu Tagesordnungspunkt 6 bei einem Zwischenruf während der Rede des Abgeordneten Bernhard Schemmer von der CDU-Fraktion einen unparlamentarischen Begriff verwendet. Die in der Sitzung verwendete Formulierung werde ich wie immer nicht wiederholen.

(Zurufe von der SPD: Och!)

Aber ich ermahne Herrn Körfges – auch in Abwesenheit – und bitte ihn ganz dringlich, derartige Ausdrücke zukünftig zu unterlassen. Andernfalls wird er sich eine förmliche Rüge einhandeln.

Die zweite nichtförmliche Rüge spreche ich gegenüber Herrn Kollegen Christian Lindner aus.

(Zurufe: Ah!)

Der Abgeordnete Lindner hat in der 70. Plenarsitzung, also auch am gestrigen 5. November 2014, im Rahmen der Aussprache zu demselben Tagesordnungspunkt 6 bei einem Zwischenruf während der Rede des Abgeordneten Marc Herter von der SPD-Fraktion ebenfalls einen unparlamentarischen Begriff verwendet.

(Zuruf von Dietmar Schulz [PIRATEN])

Auch diesen Begriff werde ich nicht wiederholen. Deshalb ermahne ich Sie und bitte Sie ganz höflich und förmlich, so etwas in Zukunft abzuwägen und zu unterlassen. Sonst müssten auch Sie zukünftig mit einer förmlichen Rüge rechnen.

Damit sind auch die Spielregeln für den heutigen Tag klar.

Wir treten in die Bearbeitung der heutigen **Tagesordnung** ein.

Ich rufe auf:

### **1 Erst Bürokratie-, jetzt Datenmonster – NRW muss PKW-Maut stoppen. Keine Totalüberwachung in NRW!**

Aktuelle Stunde  
auf Antrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/7213

In Verbindung mit:

### **Interessen von Nordrhein-Westfalen werden übergangen – Pkw-Maut schadet Tourismus, Gastronomie und Einzelhandel**

Aktuelle Stunde  
auf Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/7214

Die Fraktion der Piraten und die Fraktion der FDP haben jeweils mit Schreiben vom 3. November 2014 gemäß § 95 Abs. 1 der Geschäftsordnung zu einer aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner vonseiten der antragstellenden Piratenfraktion Herrn Kollegen Bayer das Wort.

**Oliver Bayer** (PIRATEN): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Besucher hier, am Stream und auf den Autobahnen! Die Zuhörer auf den Autobahnen sind vielleicht ein bisschen mehr als sonst, ein kleiner Vorgesmack. Denn an Tagen wie heute merken wir, wie wichtig die Verkehrsinfrastruktur für uns ist und wie sehr wir darauf angewiesen sind, dass Bus, Bahn und Straße funktionieren und verantwortungsvoll gestaltet werden – auch für die, die da am Eingang stehen.

Wir wissen, dass unsere Infrastruktur marode ist. Denn Sie haben leider total vergessen, in die Instandhaltung zu investieren.

Wir haben alle Milliardenbeträge ausgerechnet, die uns bei Straße, Bahn und ÖPNV jährlich fehlen. Doch Minister Dobrindt fordert von der Bahn weiter höhere Dividenden, und den Bedarf beim ÖPNV ignorieren Bund und Land komplett.

Unserer Patientin, der Verkehrsinfrastruktur, geht es nicht gut. Jahrzehnte falscher Verkehrspolitik haben sie stark geschwächt. Was tun? Umstellung der Ernährung, Prioritäten anders setzen, Verkehrspolitik nachhaltig ändern – das wäre gut, aber leider ist das nicht der Fall –, weiter so mit dem Raubbau und uralten Verkehrskonzepten, aber dann wenigstens eine starke Medizin? Nein, das ist zu teuer. Wir müssen in dieser Legislaturperiode das Geld zusammenhalten, sagt der Bund, nicht in der nächsten.